

8. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 25.10.2011

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Umwelt- und Energieausschusses und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die Zuhörer zur öffentlichen Sitzung und eröffnet diese.

Widerspruch gegen die Tagesordnung seitens der Gemeinderäte ist nicht erfolgt.

Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Umwelt- und Energieausschusses gefassten Beschlüsse wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

51 7 Eine Beschlussfassung war nicht veranlasst.

Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 26.07.2011

52 7 Beschluss: 7 : 0

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 26.07.2011 wurde den Ausschussmitgliedern mit der Sitzungseinladung vom 17.10.2011 zugestellt. Einwendungen wurden nicht erhoben. Damit gilt die Niederschrift des Umwelt- und Energieausschusses gemäß Art. 54 Abs. 2 GO i. V. mit § 23 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat für die Amtszeit von 2008 bis 2014 als genehmigt.

Rodung eines Gemeindegrundstücks in der Kanalstraße durch den Pächter

Am 05.10.2011 wurde dem Umweltamt gemeldet, dass der Isarhang in der Kanalstraße in einem Teilbereich vollständig gerodet wurde. Es handelt sich dabei um das Grundstück Flur-Nr. 1205/57, dass sich im Eigentum der Gemeinde Unterföhring befindet. Da der Verursacher der Rodung nicht bekannt war, wurde unter anderem auch der Grundstücksnachbar, Herr Brunner, Kanalstraße 12 um Auskunft gebeten. Am 11.10.2011 erhielt die Gemeinde ein Schreiben von Herrn Brunner, in dem er bestätigt, dass er das Grundstück gerodet hat. Das Schreiben wurde den Gemeinderäten mit der Sitzungseinladung zugestellt.

Begründet wird die Rodung dadurch, dass die Familie Brunner das Grundstück schon sein langer Zeit (Zitat: möglicherweise auch 100 Jahre) von der Gemeinde gepachtet hat und im Zuge dieser Pacht auch die Pflege des Grundstücks übernommen hat. In dem Zusammenhang wurde in gewissen Zeitabständen auch eine Komplettrodung durchgeführt, ohne dass darüber eine Beanstandung durch die Gemeinde erfolgt wäre. Herr Brunner möchte für die Abholzaktion eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 635,- € Im Übrigen verzichtet er laut mündlicher Auskunft gerne auf die Weiterpacht des Grundstücks.

8. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 25.10.2011

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Auch nach längerer Recherche durch die Liegenschaftsabteilung konnte in der Gemeinde kein Nachweis über eine Verpachtung des Grundstücks an Herrn Brunner gefunden werden.

53 7 Beschluss: 7 : 0

Dem Antrag von Herrn Brunner auf Erstattung der Kosten für die Abholzaktion in Höhe von 635,- € wird gegen Vorlage der Rechnung zugestimmt. Die heute nicht mehr nachweisbare Verpachtung des Grundstücks wird offiziell zum 01.11.2011 aufgehoben. Bei dieser Gelegenheit ist die Bebauung zu überprüfen und gegebenenfalls vertraglich zu regeln.

Az.: 6317

3.3, 3.0, 3.4, 2.0

Antrag der Familie Siegmund, Dorfangerweg 68, auf Kappung der oberen Wurzelschicht eines Straßenbaums wegen Hebung des Gehwegpflasters

Vor einigen Wochen stellte Frau Siegmund mündlich den Antrag bei der Gemeinde, dass die obere Wurzelschicht des Straßenbaumes vor ihrem Grundstück Dorfangerweg 68 gekappt wird, da durch die Wurzeln das Gehwegpflaster angehoben würde. Bei einem Ortstermin am 06.09.2011 konnte keine Anhebung festgestellt werden, die über einen Millimeterbereich hinausgegangen wäre. Der Aktenvermerk des Umweltamtes wurde den Gemeinderäten mit der Sitzungseinladung zugestellt.

Wenn dem Antrag stattgegeben wird, dann muss das Gehwegpflaster durch die Gemeinde entfernt werden. Sollten sich direkt darunter Wurzeln befinden (was noch zu klären ist), dann müssen sie gekappt und beseitigt werden. Bis zu einer Dicke von 2 – 3 cm ist dies laut Aussage der Gutachterin ohne Auswirkungen auf den Baum möglich. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass die Wurzeln in ein paar Jahren nachwachsen können. Sind die Wurzeln dicker, dann muss der Baum gefällt werden, da die Standsicherheit nicht mehr gewährleistet ist. Zusätzlich dazu muss der Wurzelstock gefräst werden um ein Nachwachsen der Wurzeln zu verhindern. Abschließend wird das Gehwegpflaster wieder neu verlegt – alles auf Kosten der Gemeinde! Auf die Grundstückssituation wird anhand des Luftbildes aufmerksam gemacht.

54 7 Beschluss: 7 : 0

Zunächst haben die Antragsteller einen Nachweis über eine Beschädigung ihres Pflasters durch die Wurzeln des Baumes zu erbringen. Aus dem Nachweis muss hervorgehen, dass die Nutzung des Gehwegs beeinträchtigt wird und dass die Wurzeln dafür verantwortlich sind. Wenn dieser Nachweis erbracht wurde, dann legt die Gemeinde auf ihre Kosten den Gehweg frei und kappt die darunter liegenden Oberflächenwurzeln (evtl. in ein paar Jahren zu wiederholen). Wenn die Wurzeln stärker als 2 – 3 cm sind, dann wird der Baum gefällt und der verbleibende Wurzelstock gefräst. An der gleichen Stel-

8. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 25.10.2011

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

le wird ein geeigneter Ersatzbaum gepflanzt. Anschließend wird das Pflaster durch die Gemeinde wieder aufgebracht.

Die Gehwegfläche, die sich im Eigentum der Gemeinde Unterföhring befindet, wird auf Beachtung der Verkehrssicherheit überprüft.

Az.: 6312
3.3, 3.4

Antrag der Familie Brunnbauer, Gartenstraße 14, auf Fällung bzw. massiven Rückschnitt von zwei Straßenbäumen in der Johanneskirchner Straße

Am 30.09.2011 erhielt die Gemeinde per E-Mail einen Antrag der Familie Brunnbauer, Gartenstraße 14, auf Fällung bzw. massiven Zuschnitt (nach Rücksprache) der an ihrer Grundstücksgrenze stehenden Alleebäume in der Johanneskirchner Straße. Der Antrag wurde den Gemeinderäten mit der Sitzungseinladung zugestellt.

Die beiden Bäume sind Bergahorne, die mit den Nummern 74 und 75 im Baumkataster registriert sind. Beide Bäume haben Stammumfänge von über 2 Meter, die Höhe der Bäume beträgt ca. 25 m. Die Bäume bilden zusammen mit anderen in der Johanneskirchner Straße eine stattliche Baumallee. Alle Bäume dieser Allee werden vom Gutachterbüro Kunze zweimal jährlich auf ihre Verkehrssicherheit geprüft und bei Bedarf werden Pflegemaßnahmen durch eine Fachfirma durchgeführt. Die letzte Untersuchung der Bäume erfolgte im Sommer dieses Jahres mit dem Ergebnis, dass keine Pflegearbeiten erforderlich sind. Auf Wunsch der Anwohner wurden in den letzten Jahren schon mehrere Einkürzungen der unteren Kronenbereiche durchgeführt.

Eine starke Einkürzung oder gar Fällung der beiden Bäume hätte weitreichende Konsequenzen für die anderen Alleebäume im Gemeindegebiet, so z.B. auch für die alten Linden in der Bahnhofstraße, deren Fällung von einigen Anwohnern immer wieder gefordert wird. Es ist daher mit Sicherheit zu erwarten, dass bei einer Zustimmung zu dem Antrag weitere Fällungsanträge gestellt werden.

Nach einem Urteil des OLG Düsseldorf vom 23. August 1995 muss Laubfall vom Nachbargrundstück hingenommen werden. Zitat:

"Laubbefall vom Nachbargrundstück ist in der Regel vom Eigentümer des betroffenen Grundstücks entschädigungslos hinzunehmen. Das gilt auch, wenn das Laub in das offene Schwimmbad des betroffenen Eigentümers fällt und erhöhte Kosten für die Reinigung anfallen." Ähnliches gilt im Übrigen auch für die Beschattung durch Laubbäume, die ebenfalls als naturgegeben hinzunehmen ist.

Was das gelegentliche Abbrechen von Ästen betrifft, so kann die Gemeinde belegen, dass sie die rechtlich vorgeschriebene Verkehrssicherungspflicht

8. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 25.10.2011

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

durch die regelmäßigen Kontrollen erfüllt. Wenn trotz der Kontrollen und der Pflegemaßnahmen Äste bei einem Sturm abbrechen, was grundsätzlich bei Bäumen nicht zu verhindern ist, dann handelt es sich dabei um höhere Gewalt. Dies wird auch bestätigt durch das Urteil des OLG Koblenz vom 01.12.1997, das auf einen Schaden durch einen abgebrochenen Ast beruht. Zitat: „Der Gefahr des Abbruchs gesunder Äste könnte nur begegnet werden, wenn man gesunde Bäume jener Arten naturwidrig erheblich stutzen würde, sozusagen amputieren oder verkrüppeln oder wenn man fordern würde, den Bestand großer Bäume jener Art im gesamten Verkehrsbereich zu beseitigen. Eine derart weitgehende rechtliche Verpflichtung besteht nicht.“

Gelegentlicher, natürlicher Astbruch, für den vorher keine besonderen Anzeichen bestehen, gehört zu den naturgegebenen Lebensrisiken, für die der Verkehrssicherungspflichtige nicht einzustehen braucht und die in unserer Zivilisation hinzunehmen sind, ganz abgesehen davon, dass unsere Zivilisation darauf bedacht sein muss, möglichst viele gesunde Bäume zu erhalten. Diese sind für Klima und Wasserhaushalt hierzulande unersetzlich und auch gem. Art. 20 a Grundgesetz zu schützen, der seit 1994 den Umweltschutz zu einem Staatsziel erklärt.“

Aufgrund der eindeutigen Rechtslage und des ortsbildprägenden Charakters der Alleeebäume wird einer Fällung oder starken Einkürzung nicht zugestimmt.

55 7 Beschluss: 7 : 0

Dem Antrag der Familie Brunnbauer vom 30.09.2011 auf Fällung bzw. massiven Zuschnitt der beiden Ahornbäume wird nicht zugestimmt, da die Gemeinde mit den regelmäßigen Kontrollen der Bäume ihre Verkehrssicherungspflicht erfüllt. Weitere starke Einkürzungen würden die Bäume verkrüppeln und nachhaltig schädigen. Auch würden sie dann nicht mehr dem Ortsbild einer typischen Baumallee entsprechen, wie sie in der Johanneskirchner Straße vorhanden ist.

Az.: 6311
3.30

Graupappeln am Schlittenberg, Isaraustraße; weiteres Vorgehen

Am 16.08.2011 brach bei völlig ruhigem Wetter aus einer Graupappel am Schlittenberg, gegenüber den Wohnhäusern Isaraustraße 2 und 4, ein großer Ast und stürzte auf den Gehweg. Es kam dabei zu keinen Beschädigungen. Bei älteren Pappeln ist, wie das Beispiel der Pappeln am Feldkreuz an der Kleingartenanlage zeigt, immer mit sog. „Grünbrüchen“ zu rechnen. In der Sitzung des Umweltausschusses vom 26.07.2011 wurde beschlossen, der vom Vorsitzenden des Kleingartenvereins beantragten Fällung der beiden Pappeln am Feldkreuz nicht zuzustimmen, da die Gemeinde mit ihrer jährlichen Kontrolle ihre Verkehrssicherungspflicht erfüllt. Grund für den Antrag war ebenfalls ein „Grünbruch“ eines Pappelastes, der in den Kleingarten gefallen war. Grünbrüche sind bei älteren Pappeln nicht auszuschließen, selbst

8. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 25.10.2011

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

wenn sie regelmäßig untersucht und gepflegt werden. Ein vollständiger Schutz vor Astbrüchen wäre daher nur durch eine Fällung der beiden Graupappeln Nr. 906 und 908 gegeben. Der Aktenvermerk des Umweltamtes wurde den Gemeinderäten mit der Sitzungseinladung zugestellt. Auf das Gutachten des Fachbüros Kunze vom 18.08.2011 wurde verwiesen.

56 7 Beschluss: 7 : 0

Da die beiden Graupappeln gegenüber den Wohngebäuden Isarastraße 2 und 4 laut Gutachten des Büros Kunze vom 18.08.2011 nach eingehender Prüfung aus Verkehrssicherheitsgründen gefällt werden sollen, ist der Fällungsauftrag zu erteilen.

An geeigneter Stelle, vorzugsweise im Gelände der Kinder- und Jugendfarm, sind vier Laubbäume als Ersatzmaßnahme zu pflanzen.

Az.: 6311
3.3

Verpflanzung von sechs Laubbäumen aus dem Allianz-Grundstück auf Gemeindegrundstücke; Standortwahl

In der 40. KW hat die Gemeinde von der Allianz Deutschland AG telefonisch mehrere Bäume angeboten bekommen. Am 12.10.2011 fand auf dem Grundstück eine Besichtigung der Bäume durch die Gemeinde (Gemeindegärtner und Leiter Umweltamt) und mehrere Mitarbeiter der Allianz-Gebäudeverwaltung statt. Insgesamt wurden der Gemeinde acht Bäume angeboten, außerhalb des Grundstücks vier Ahornbäume auf der Dieselstraße und innerhalb des Grundstücks drei Eichen (Stammumfang 55 – 65 cm) und ein Kirschbaum (Stammumfang ca. 80 cm). Die Kosten für die Verpflanzung muss die Gemeinde tragen. Da der Zustand der Ahornbäume die hohen Kosten für eine Verpflanzung nicht rechtfertigen würde, wurde eine Übernahme abgelehnt. Die drei Eichen und der Kirschbaum sind dagegen in einem tadellosen Zustand, daher kann eine Übernahme empfohlen werden. Nach Mitteilung des zuständigen Planungsbüros vom 18.10.2011 erhöht sich die Anzahl der angebotenen Bäume um zwei Eichen, d.h. auf insgesamt fünf Eichen und einen Kirschbaum.

Die kostenlose Überlassung der Bäume wurde mit Schreiben vom 14.10.2011 bestätigt.

Laut Angebot der Firma Opitz vom 14.10.2011 belaufen sich die Kosten für die Verpflanzung der vier Bäume auf 8.209,81 € inkl. MWSt. Zusätzlich dazu kommen evtl. Kosten für Leitungsortung, Bodenschutzplatten und Ringbelüftung. Durch die zusätzlichen zwei Eichen erhöht sich das Angebot auf 11.889,29 € inkl. MWSt. + Eventualposten.

Die Auswahl der Standorte auf dem Gelände der Kinder- und Jugendfarm erfolgte am 20.10.2011 (Frau Herold, Herr Gabler, Herr Kraus).

8. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 25.10.2011

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

57 7 Beschluss: 7 : 0

Der kostenlosen Übernahme der sechs Bäume von der Allianz Deutschland AG wird zugestimmt. Die Bäume gemäß Angebot der Firma Opitz vom 21.10.2011 (Angebotspreis: 11.889,29 € inkl. MWSt. + evtl. Leitungsortung, Bodenschutzplatten und Ringbelüftung) auf dem Grundstück der Kinder- und Jugendfarm gepflanzt. Die Kosten hierfür werden auf der Haushaltsstelle 4602.9520 verbucht.

Az.: 6312
3.3, 2.0, 3.2

Bekanntmachungen

Sachstandsbericht Rechtsstreit Gemeinde Unterföhring ./.. Böck Entsorgungslogistik. Noch ausstehende Klärung der Kostenübernahme Pflasterarbeiten und der Gutachteraussage über die Verwendung einer Kran-Fernbedienung.

Franz Schwarz
Erster Bürgermeister

Otto Kraus
Schriftführer